

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 11

Artikel: Frauenarbeit und Mutterschaft
Autor: Tausk, Martha
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330266>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lichkeit, zu erkennen, welches Unheil die Spaltung auf dem gewerkschaftlichen Gebiete bringt. Wie schlimm in einem solchen Falle die von Moskau aus kommenden Spaltungsmethoden der Gewerkschaftsbewegung wirken, zeigt vielleicht am besten das Ergebnis der letzten Betriebsrätewahlen in den Leuna-Werken (Deutschland), wo die Kommunisten große Verluste aufzuweisen haben, ohne daß es den freigewerkschaftlichen Organisationen gelang, ihre Resultate entsprechend zu verbessern. Es ist so wie bei all diesen Kämpfen herausgekommen: Die Bourgeoisie ist der lachende Dritte. Wenn alle Energien der Proletarier dazu verwendet werden, um den Bruderkampf in den eigenen Reihen zu führen, dann gewinnen nur die gewerkschaftlichen Splitterorganisationen, die in Momenten des Streiks und vor allem des Streikbruchs von Bedeutung sind. Die Spaltung hat auch noch eine andere Wirkung. Sie drängt einen Teil der Gewerkschafter *nach rechts*. So erreicht also der Kommunismus auch auf diesem Gebiete nur eine Stärkung der Reaktion.

Der Kampf des Kapitalismus gegen die Gewerkschaften, so wie er sich heute in Deutschland und vor allem in Oesterreich zeigt, wird das Proletariat lehren, daß es erfolgreiche Kämpfe nur führen kann, wenn es die *absolute Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung* hochhält, in allen Betrieben eine möglichst *lückenlose Durchorganisierung* der Arbeiterschaft verwirklicht und *jede Neutralität* den bürgerlichen Parteien gegenüber ablehnt und sich restlos für die Verwirklichung des Sozialismus einsetzt.

Frauenarbeit und Mutterschaft.

Von Martha Tausk.

Die Gesellschaft kann die Frauenarbeit nicht entbehren. — Das ist wohl unbestritten. Die Mutterschaft ist von der Natur gegeben. Verherrlichung oder Protest können zwar Glück oder Unglück, das daraus erwächst, beeinflussen, aber an der Tatsache, daß sich die Menschheit fortpflanzt und kraft eines mitgeborenen Triebes auch fortpflanzen will, wird nichts geändert.

Also kann das Problem von vornherein nicht heißen: Frauenarbeit *oder* Mutterschaft, sondern es muß heißen: Frauenarbeit *und* Mutterschaft. Ja, sagen die einen, Frauenarbeit, gewiß, aber Frauenarbeit im *Hause*, in der *Familie*! — Haushalt, Kinderpflege und -erziehung, das ist eben *die* gesellschaftlich notwendige Frauenarbeit. Und Frauenarbeit außer dem Hause, im Erwerbsleben, die soll für die bleiben, denen die Ehe oder die Mutterschaft aus irgendeinem Grunde versagt sind. Und die vielen Arbeiterinnen, die gar nicht freiwillig

hinausgezogen sind ins Erwerbsleben und die die Last der Mutterschaft gar nicht freiwillig, mit klarem Wunsch und Vorsatz außerdem noch auf sich genommen haben, sondern die irgendwie vom Schicksal überfallen wurden und nun alles tragen, einfach, weil man alles erträgt, worunter man nicht zusammenbricht, alles überlebt, woran man nicht stirbt, die sagen: «So ist es recht! Es ist zu viel, Haushalt, Kinder, Fabrik- oder Bureauarbeit! Zuviel, wir können nicht weiter!»

Es sind die verschiedensten Versuche unternommen worden, Frauenarbeit und Mutterschaft zu vereinen, erstens von den Frauen selbst, von den einzelnen, die sich durchgewunden haben, wie es ging, dann aber von der Gesellschaft, und zwar von den an der Ausbeutung der Frauen interessierten kapitalistischen Schichten, und dann von karitativen Kreisen, von den Vorläufern der Fürsorge, die — zum Teil bewußt, zum Teil unbewußt — oft auch nichts anderes taten, als im Interesse der Kapitalisten die Ausnützung der Mütter zu ermöglichen.

Die Entwicklung der Technik hat die Güterproduktion immer mehr vom Hause hinaus in die Fabriken verlegt, immer weniger Güter werden im Hause erzeugt, immer mehr Geld wird gebraucht, um die in den Fabriken erzeugten Güter zur Bedarfsdeckung zu kaufen. Von der einzelnen Frau und Mutter aus gesehen, steht nicht die Tatsache im Vordergrund: «Die Gesellschaft braucht meine Arbeit zur Güterproduktion, zur Bedarfsdeckung», sondern: «Ich brauche Geld, die Familie kann nicht leben mit dem Lohn des Mannes, oder sie kann nicht auf dem Niveau leben, das wir erreichen oder erhalten wollen».

Nun werden zwei Versuche gemacht. Erstens: *Arbeit im Hause*. Heimarbeit neben der häuslichen Arbeit, neben der Kinderpflege. Von den Frauen wird sie begehrt, weil die Mütter die Kinder nicht zu verlassen brauchen, vom Unternehmer begrüßt, weil er Werkstätte und alle dazugehörigen Regien, Licht, Heizung, oft auch noch Maschinen und ihre Instandhaltung erspart, weil die ganz unkontrollierbare Arbeitszeit starke Ausbeutung ermöglicht, weil auch die Heimarbeiterinnen weniger miteinander in Berührung kommen, sich weniger organisieren und der Ausbeutung weniger Widerstand entgegensetzen.

Da und dort wird die Heimarbeit als große Hilfe von den Frauen des Proletariats gesucht und von den Frauen der Bourgeoisie als Heilmittel gepriesen, als Fürsorge vermittelt. Frühere Aristokratinnen und Frauen des besitzenden Bürgertums, die sich gelegentlich als «Wohltäterinnen» wichtig machen, organisieren die Vergebung von Arbeit und den Vertrieb der Produkte einer Hausindustrie. Das geht dann noch mit politischer Beeinflussung einher. Aber wie einleuchtend auch der Gedanke sein mag, daß man eben der Frau, die im Hause bleiben und schaffen will, die Arbeit, die ihr die Maschinen weggenommen

haben, wieder geben will, so bleibt seine Durchführung doch ein recht unzulänglicher Versuch. Denn die Handarbeit ist im Vergleich zur Maschinenarbeit so teuer, daß sie für die Bedarfsdeckung im großen Maßstabe nicht in Betracht kommt, sondern nur für Luxus, Liebhaberei und Mode herangezogen wird. Nicht einmal in Indien, wo Gandhi die Spindel im Hause als Heilmittel gegen das Unglück der Ausbeutung in den Textilfabriken gepriesen hat, und wo doch ein Volk von 320 Millionen gegen etwa 7000 Unternehmer steht, kann die Spindel nicht über die mechanische Spinnerei siegen.

Die Massenheimerarbeit aber, die für die Bedarfsdeckung im Großen in Betracht kommt, die auf Tausende von Arbeiterwohnungen verteilte Wäsche- und Kleiderkonfektion, die Strickerei und Stickerei, die Teilprodukteerzeugung, gleichsam die Verteilung der Fabriken auf Tausende armseligste Arbeiterwohnungen, die hat den Fabrikarbeitern Lohndruck, den Frauen und Kindern aber den unbegrenzten Arbeitstag, Tuberkulose, Skrofulose, alle Uebel des Hungers und des Wohnungselends gebracht.

Also versucht es die proletarische Frau anders. Ist es nicht gut, die Arbeit ins Haus zu nehmen, oder ist keine zu bekommen, dann versucht man, die Wirtschaft und *die Kinder aus dem Hause* zu geben, ganz oder teilweise. Kostplätze, Krippen, Kinderhorte. Wieder zuerst von den einzelnen Frauen gesucht, als Ausweg, als Notbehelf, dann — wegen der Massenerscheinung — von der Wohltätigkeit, von der Fürsorge, vom Staate, von Gemeinwesen organisiert. — Nun kommt das Elend der Kindersterblichkeit: die «Engelmacherinnen», ja sogar die größere Kindersterblichkeit in Kinderspitälern, Krippen und Kinderheimen. Den Kindern fehlt die Mutter, die Liebe, diese undefinierbare Wärme, die nicht einmal durch geschulte Pflegerinnen und spitalstrenge Sauberkeit zu ersetzen ist. Die Unzulänglichkeit wird zum Massenunglück und schreit nach Abhilfe. Mütter, die ihre Kinder dahinschwinden sehen, lehnen sich auf gegen diese «Lösung» und versuchen es wieder anders. Die Fürsorge, die Gesellschaft, die organisierte Arbeiterschaft sinnen auf einen anderen Ausweg:

Die Mutter soll zu Hause bleiben, aber damit sie sich nicht durch Nähen oder Waschen, durch irgendwelche Erwerbsarbeit bis Mitternacht zugrunde richten, nicht die Luft, die die Kinder atmen müssen, mit Stoffasern und -stäubchen oder mit Laugendunst erfüllen muß, damit sie gesund bleiben und ihre Kinder gesund erhalten kann, soll sie so viel Geld als Kinderzuschuß, als Familienunterstützung bar bekommen, daß sie leben kann.

Kinderzuschüsse — Familienunterstützungen werden als soziales Heilmittel gepriesen, zur Rettung der Mütter und Kinder gefordert. Ein sinnvoller Gedanke, denn die Mutter-

schaft, die Aufzucht eines gesunden Nachwuchses ist ja nicht nur ein Sonderinteresse der einzelnen Frau oder ein Sonderinteresse der Frauen, sondern sie ist Wunsch und Bedürfnis der ganzen Gesellschaft, Sinn alles Lebens. Also hat auch die ganze Gesellschaft das Interesse und die Pflicht, Mütter und Kinder gesund zu erhalten; also hat auch die Gesellschaft dafür Opfer zu bringen.

Aber von dem Gedanken im Kopfe eines Gerechten bis zur praktisch wirksamen, organisierten Aktion der Masse ist ein weiter Weg. Und indes die einen ihre «idealen» und «gerechten» Forderungen diskutieren, geht das Wirtschaftsleben weiter. Und so ist festzustellen — man mag darüber enttäuscht oder enttäuscht sein oder es als das Eintreffen einer vorhergesagten Erscheinung mit Befriedigung begrüßen —, daß der Widerstand gegen die Kinderzuschüsse und Familien-«Unterstützungen» in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft selbst kaum geringer war als in den Reihen der Unternehmer. Aber ein Teil dieses Widerstandes richtet sich blind gegen — zum Teil absichtlich falsch dargestellte, zum Teil nicht durchschaute, nicht erkannte Maßnahmen. Die Unternehmer sagen natürlich: Wir zahlen die Arbeit nach dem Wert, den sie für die Produktion, für die Rentabilität des Betriebes hat. Wir wollen Leistungslöhne zahlen, aber nicht «Bettprämien» — wie der zynische, aber sehr verbreitete Ausdruck lautet. — Die Arbeiter mit hoher Qualifikation und kleinen Familien sagen sich: Alles, was die Unternehmer zahlen müssen, wird in die Löhne einkalkuliert; bekommen die Kinderreichen «Familienlöhne», so wird eben unser Lohn um das niedriger gehalten, und schließlich zahlen *wir* die «Bettprämien». Die kinderreichen Familienväter sagen: Wenn der Arbeitgeber einem Kinderreichen mehr zahlen muß als einem Ledigen oder dem Vater von einem oder zwei Kindern, so wird er ihn eben zuerst entlassen oder bei einer auch nur kleinen «industriellen Reservearmee» gleich gar nicht aufnehmen. So von drei Seiten anagitiert, hat die Masse der Arbeiter den eigentlichen Sinn der Kinderzuschüsse und Familienunterstützungen noch gar nicht begriffen. Ich möchte ihn aber zusammen mit der Mutterschaftsfürsorge und dem besonderen Arbeiterinnenschutz behandeln. Denn es handelt sich um die Hilfe für die *Frauen*, die zuerst das Opfer der großen Familien sind, die man ohne Rat, ohne Aufklärung, ohne Hilfe läßt und die zu den Entbehrungen noch den Hohn erdulden müssen.

Zu den schwer mit der Erwerbsarbeit zu vereinbarenden Mutterpflichten gehört nicht nur der Haushalt, die Kinderpflege und -erziehung, sondern zuerst schon Schwangerschaft und Wochenbett.

Die Entwicklung der karitativen und öffentlichen Fürsorge von der «Drehscheibe» bis zum Mütter- und Kinderheim der

sozialen Fürsorge eines sozialistischen Gemeinwesens ist an anderer Stelle beschrieben und gewürdigt worden. Mit dieser Entwicklung läuft parallel die Entwicklung der Sozialversicherung von der ersten Vereinskrankenkasse und Bruderlade bis zur Sozialversicherung, die die Kranken-, Mutterschafts-, Arbeitslosen-, Invaliditäts- und Altersversicherung umfaßt.

Wenn man für die arbeitenden Frauen einen besonderen Schutz beansprucht, damit sie sich in den letzten Wochen der Schwangerschaft, in den ersten Wochen nach der Geburt schonen können, so muß man ihnen auch für die Zeit des Feierns etwas zum Leben geben, am besten den ganzen, mindestens aber den durchschnittlichen Verdienstentgang. *Man muß aber diese Verpflichtung vom einzelnen Arbeitgeber loslösen*, sonst geschieht dasselbe, was die kinderreichen Familienväter befürchten: Frauen werden schwerer aufgenommen, schneller entlassen, und aus dem Schutz wird ein Schaden. (Daher auch die Gegnerschaft gegen den gesetzlichen Frauensonderschutz, die von der bürgerlichen Organisation «Open-door-Council» ausgeht, deren Bestrebungen aber auch in gewissem Grade von den dänischen, den schwedischen und den in der Unabhängigen Arbeiterpartei organisierten Sozialistinnen geteilt werden.) Aber die sozialistischen Frauen verlangen nicht, daß der einzelne Arbeitgeber zur Zahlung des Lohnes während der letzten Wochen vor und während der ersten nach der Entbindung verhalten werden soll — denn dann hätten natürlich die Gegnerinnen des gesetzlichen Frauensonderschutzes recht —, sondern sie verlangen die *Mutterschaftsversicherung*.

Wichtig aber ist, daß nicht für die Frauen höhere Prämien gezahlt werden, oder für verheiratete höhere als für ledige — was übrigens ein ganz äußerliches und unzuverlässiges Merkmal ist, weil man ja die ledigen Mütter nicht ohne Schutz lassen darf —, sondern daß die Mutterschaftsversicherung in die Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung glatt eingebaut werde, ein Risiko wie Krankheit oder Invalidität; daß für jeden Arbeiter, für jede Arbeiterin, gleichviel ob jung oder alt, ob verheiratet oder ledig, Mann oder Frau, kinderreich oder kinderlos, *gleichhohe Prämien* gezahlt werden. Dann ist es dem Unternehmer egal, ob er Männer oder Frauen, Junge oder Alte, Verheiratete oder Ledige beschäftigt (egal im Hinblick auf die «sozialen Lasten»). Er wird dann nach anderen Gesichtspunkten auswählen, oder die Gewerkschaften werden, wo sie stark genug dazu sind, nach *ihren* Gründen bestimmen können, wer zuerst aufzunehmen, wer zuerst zu entlassen ist.

Aus der unpersönlichen Versicherung aber kann die Frau ihre Schwangerschafts-, ihre Wochenrente beziehen wie ihr Krankengeld.

Ganz ebenso könnten auch die Kinderzuschüsse oder die

Familienunterstützungen geregelt werden: Loslösung der Verpflichtung vom einzelnen Arbeitgeber. In Oesterreich ist nach dem Kriege dieser Versuch gemacht worden. Durch die Inflation wurden die Anfänge zerstört und durch Teilnahmslosigkeit, ja durch die Widerstände der Gewerkschaften selbst, die den Wünschen der Unternehmer in diesem Falle so schön begegneten, ist der Gedanke nicht weiter verfolgt worden. In Belgien bestehen die Ausgleichskassen und sind eine, wenn auch unzulängliche, so doch sehr willkommene Hilfe für die kinderreichen Familien. Auch ist erst in der letzten Zeit ein Gesetz über die Familienunterstützung eingebracht worden, dem die Sozialdemokraten unter Vorbehalten zugestimmt haben.

Die in der Britischen Arbeiterpartei organisierten Frauen wenden sich *gegen* die Mutterschaftsversicherung. Sie wenden ein, daß das System der Versicherung die Industrie einseitig belaste, daß insbesondere die Last der Prämienzahlung für die Arbeiter und Arbeiterinnen zu drückend sei, daß von der Versicherung nicht alle Bedürftigen erfaßt werden, daß nicht alle Zahlungsfähigen — die Rentner, die Großgrundbesitzer, die Spekulanten usw. — zur Leistung herangezogen werden; sie sind für staatliche Hilfe auf Kosten der Steuerträger. Die Frauen der Unabhängigen Arbeiterpartei verlangen «ausreichende» Kinderzuschüsse, «volle» Witwenpensionen und lehnen ausdrücklich das Versicherungssystem und die Prämienzahlung ab.

Nun kann sicherlich die Alters- und Hinterbliebenenversorgung, die Familienunterstützung, jede Form von Fürsorge ebenso gut aus öffentlichen Mitteln auf Kosten der Steuerträger wie durch Sozialversicherung besorgt werden. Aber in jedem Falle wird es von der Macht der organisierten Arbeiterklasse abhängen, wieviel von Steuern, wieviel von Beiträgen sie auf das Unternehmertum abwälzen kann; es wird von der Macht ihrer genossenschaftlichen Organisation abhängen, wieviel von der Ueberwälzung auf die Warenpreise sich die Arbeiter als Konsumenten gefallen lassen müssen; es hängt von der Macht der Gewerkschaften ab, wieviel von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen sie sich im Lohn zurückholen können. Vom Standpunkte der Verteilung der Lasten ist es also ganz gleichgültig, ob die Versorgung durch Staatshilfe oder durch Sozialversicherung geregelt wird.

Richtig ist, daß *dann* nicht alle Bedürftigen erfaßt werden, wenn die Versicherungspflicht auf das Arbeits- oder Dienstverhältnis gegründet wird, wie in Deutschland, Oesterreich, in der Tschechoslowakei und anderen Staaten. Diesem Einwand trägt der Entwurf der schweizerischen Alters- und Hinterbliebenenversorgung Rechnung, denn die Versicherung wird nicht auf das Arbeitsverhältnis, sondern nur auf das Einkommen gegründet. Während also zum Beispiel in Oesterreich die so-

genannte Selbständigenversicherung noch in weiter Ferne liegt, werden hier alle selbständigen Existenzen, die im Grunde proletarisch sind, weil das Einkommen sofort mit dem Aussetzen oder Versiegen der Arbeitskraft aufhört, miterfaßt.

Aus Holland zum Beispiel vernehmen wir die Parole: «Höhere Löhne für die Männer, dann kann die Mutter den Kindern erhalten bleiben...» Ungefähr sagt das der Pfarrer auch, nur mit ein bißchen anderen Worten. Ungefähr so, wenn auch aus anderen Motiven, kann man das ja auch von reaktionären, christlichsozialen Frauen hören. Ja, sogar die Befürworterinnen eines *gesetzlichen Verbotes der Erwerbsarbeit der verheirateten Frau* verschreiben derlei Rezepte, und man muß zugeben, daß unter ihnen manche sind, denen gewiß das Schicksal der verwahrlosten Kinder und der zu schwer geplagten Mütter am Herzen liegt. Nur ist eben das *Verbot* der Erwerbsarbeit der verheirateten Frau nicht nur ein Versuch mit untauglichen Mitteln, der wirtschaftlichen Entwicklung Einhalt zu tun, sondern es ist gleichzeitig ganz gegen die Interessen der um geistige, moralische, gesellschaftliche Befreiung ringenden Frau. Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist das Mittel, ist der *einzigste Weg* zur persönlichen Unabhängigkeit, zur geistigen Entfaltung und Befreiung der Frau.

Und alle diese Forderungen übersehen doch, daß mit gesetzlichen Verfügungen — wenn sie schon zu erreichen wären, was ganz ausgeschlossen ist — die Entwicklung der Technik nicht aufzuhalten ist. Daß die Produktion nicht zurückverlegt wird in die Familie und daß es hieße, mit Männerarbeit *allein* die Welt mit allen Gütern zur Bedarfsdeckung versorgen zu wollen, wenn man die Frauen aus dem Produktionsprozeß ausschalten wollte.

Indessen: die theoretischen Diskussionen *machen* ja nicht die Entwicklung, sondern sie lesen sie nur mehr oder weniger richtig ab.

Die Frauen, die Mütter, die gefühlt und erfahren haben: Arbeit ins Haus ist schlecht, Kinder aus dem Haus ist schlecht, die suchen sich schon ihren Weg, ja man könnte sagen, sie *bohren* ihn durch Berge von Widerständen, und am Ende aller Mühsal leuchtet der helle Tag: *Gemeinschaft, Genossenschaft, Sozialismus*.

Die Errungenschaften der Technik in den Dienst auch der proletarischen Hausfrau: Zentralheizung, elektrische Küchen, Waschmaschinen, Staubsauger — das alles gibt es im genossenschaftlichen Haushalt oder da, wo sozialistisch verwaltete Gemeinwesen oder, kombiniert, Genossenschaften mit kommunaler Hilfe, bauen. Die Krippen, die Kinderhorte werden wieder ins Haus verlegt, aber in den genossenschaftlichen Großhaushalt (wunderbare Beispiele in Wien und Zürich). Fort mit der

Strickmaschine, mit der Konfektionsnäherei aus der Kleinwohnung, aus dem Sparherdzimmer, aber die 44-Stunden-Woche oder — welch schöner Ausblick! — die 40-, die 38-Stunden-Woche für die Arbeiterinnen. Dann bleibt auch der Mutter noch Zeit für die Kinder vor und nach der Krippe, dem Kindergarten, dem Hort, der Schule — und ausreichende Mutterschaftsfürsorge mit Stillprämien, Stillpausen, Stillzimmern beim Betrieb, durch Sozialversicherung oder auf Kosten der Steuerträger, damit sich die Mutter dem Kleinsten widmen kann.

Mutterschaft und Frauenarbeit sind vereinbar, schon weil sie vereinbar sein müssen. Das alles sind keine Utopien, das alles ist zu erreichen. Ja, wir kennen sogar den Weg: er heißt Organisation. Wir kennen das Ziel: es heißt Sozialismus.

Eine Abrüstungsinitiative?

Von *Ernst Nobs*, Zürich.

Genosse Dr. Frank-Zürich hat in den beiden letzten Nummern der «Roten Revue» nicht mehr und nicht weniger vorgeschlagen als eine Initiative auf vollständige Abrüstung des schweizerischen Militärwesens. Er hat dazu eine Menge von neben- und untergeordneten Gesichtspunkten erörtert, noch nie formulierte Fragen zur Diskussion gestellt und seinerseits beantwortet und auch eine ganze Anzahl neuer Ideen ausgesprochen. Eine solche Arbeit ist immer verdienstlich, auch wenn man nicht alle Fragestellungen als glücklich formuliert, nicht alle Vorschläge als empfehlenswert und nicht alles, was neu und originell erscheint, für befolgbar halten kann. Aus der Anwendung des Initiativrechts haben wir als Partei gewisse Erfahrungen gesammelt. Diese Erfahrungen besagen, daß wir nicht ohne weiteres und nicht in jedem beliebigen Zeitpunkt jede beliebige Frage auf dem Initiativweg vor den Volksscheid bringen dürfen. Hätte eine Möglichkeit bestanden, z. B. die jüngsten Flugzeugkredite durch ein Referendum vor die Volksabstimmung zu bringen, so wäre zweifelsohne diese Abstimmungssituation eine andere, und zwar eine viel günstigere, als wenn durch eine Initiative das ganze Wehrwesen auf einmal in Frage gestellt wird. Mit andern Worten: Es kommen hier eine Reihe Vorfragen methodischer Art zum Entscheid, über die sich Genosse Frank hinweggesetzt hat, als spielten sie überhaupt keine Rolle und als handelte es sich dabei um einen verächtlichen Opportunismus, der keinesfalls zur Erörterung stehe.

Darin erblicke ich nun aber einen Hauptmangel der Vorschläge des Genossen Frank. Da wir als Sozialdemokratische Partei den Militarismus ablehnen, keine Militärkredite bewilli-